

## INTERVIEW

## «Zugeständnisse zeigen die Wichtigkeit der Vorlage»

Andreas Meyer, Geschäftsführer der Emil Landsrath AG und Präsident des Dachdeckermeisterverbands Basel-Stadt, erklärt, warum ein Ja zur Umsetzung der Steuervorlage 17 in Basel-Stadt von grosser Bedeutung für alle ist.



### «kmu news»: Warum ist es aus Sicht der KMU-Wirtschaft wichtig, dass die Steuervorlage 17 angenommen wird?

**Andreas Meyer:** Ein Ja zur kantonalen Umsetzung der Steuervorlage 17 ist von grösster Bedeutung. Die Statusgesellschaften brauchen endlich Rechtssicherheit. Vor zwei Jahren wurde die Unternehmenssteuerreform III abgelehnt, und der Druck der OECD wie auch der EU steigt. Wir müssen in nützlicher Frist unser Steuersystem anpassen. Die bisherigen Verhandlungen waren hart und die verbleibende Zeit ist kurz: Die Vorlage SV 17 in Basel-Stadt ist die unter diesen Umständen bestmögliche Lösung. Dieser «Basler Kompromiss» ist für unseren internationalen, attraktiven und vor allem rechtssicheren Wirtschaftsstandort unabdingbar – ein beträchtlicher Teil unseres Haushaltsbudgets und der Arbeitsplätze hängt von den betroffenen Firmen und Gesellschaften ab.

### Wie beurteilen Sie die Wichtigkeit der Statusgesellschaften für Basel und die KMU?

Wenn ich daran denke, dass rund 32 000 Vollzeitstellen im Kanton von solchen Statusgesellschaften eine Wertschöpfung von 17,4 Milliarden Franken erzielen, dann ist klar: Die Wichtigkeit ist enorm hoch. Steuereinnahmen von rund einer halben Milliarde Franken stehen mit dieser Vorlage in Basel-Stadt auf dem Spiel. Somit sind aus meiner Sicht alle Baslerinnen und Basler auf solche Statusgesellschaften in unserem Kanton angewiesen. Die Bedeutung der Gesellschaften und somit der Vorlage scheint vielen noch nicht richtig bewusst zu sein.

### Mit der Erhöhung der Familienzulagen und der Erhöhung der Dividendenbesteuerung macht die Wirtschaft grosse Zugeständnisse. Warum?

Ja, das sind happige Zugeständnisse, und sie zeigen die Wichtigkeit dieser Vorlage. Diese Zugeständnisse waren nötig, damit alle grossen Parteien hinter diesem «Basler Kompromiss» stehen. Die Wirtschaft investiert damit in die Zukunft, in der Hoffnung, dass die dadurch erworbene Kaufkraft zumindest teilweise wieder in die Basler Wirtschaft zurückfliesst und nicht dem nahen Ausland geschenkt wird. Es ist wie im eigenen Unternehmen: Man muss investieren, um schlussendlich erfolgreich zu sein.

### Trotz der grossen Zugeständnisse wurde das Referendum ergriffen. Wie beurteilen Sie das?

Es fällt mir ehrlich gesagt schwer, dafür Verständnis aufzubringen. Wer glaubt, es wären weitere Zugeständnisse von Seiten der Wirtschaft möglich, täuscht sich. Mehr liegt nicht drin. Die Gegner versuchen einen Keil zwischen Wirtschaft und Bevölkerung zu treiben; und sie schädigen damit wissentlich unseren Kanton. Die Bevölkerung würde in hohem Masse von dieser Vorlage profitieren. Sie ist enorm wichtig, um den bisherigen Wohlstand zumindest beizubehalten.

höhungen der Dividendenteilbesteuerung sowie der Kinder- und Ausbildungszulagen zu nennen. Die Festsetzung der Dividendenteilbesteuerung auf 80 Prozent macht Basel für Besitzer von Familienunternehmen weniger attraktiv und die sachfremde Erhöhung der Familienzulagen um 75 Franken und die damit verbundenen Differenzzahlungen an Baselland stellen gerade für kleinere KMU eine klare Mehrbelastung dar.

### Einstimmiges Ja zur Steuervorlage

Trotz dieser empfindlichen Zugeständnisse unterstützt der Gewerbeverband Basel-Stadt auch im Sinne einer übergeordneten Perspektive die vorliegende kantonale Umsetzung der Steuervorlage 17. Die entsprechende Parole wurde von Seiten der Delegierten einstimmig gefasst.

Weitere Informationen:  
[www.baslerkompromiss.ch](http://www.baslerkompromiss.ch)

## «Spitzhacke»

## KOLUMNE

## Zwei Vorsätze fürs neue Jahr

Neujahrsvorsätze sind derart ausser Mode, dass die «Spitzhacke» fast in Versuchung gerät, welche zu fassen. Aber welche? Nun, wer keine eigenen Ideen hat, der lässt sich am besten von anderen inspirieren. Also:

**Vorsatz 1:** Mehr Unverfrorenheit. Das lohnt sich. So kam das Staatspersonal zu einem Teuerungsausgleich. Nicht, dass andere das auch machen würden, oder dass es über die letzten Jahre gesehen tatsächlich eine Teuerung auszugleichen geben würde. Aber egal. Auch der grundsätzliche Sparauftrag ist offensichtlich Wurst. Ebenso, dass sich Grossratsmitglieder eigentlich enthalten sollten, wenn sie von einem Entscheid direkt profitieren. Unverfrorenheit währt am längsten.

**Vorsatz 2:** Mehr Faktor 6. Bescheidenheit ist eine Zier, doch besser lebt man ohne ihr. Getreu diesem Sprichwort haben die Schweizerischen Rheinhäfen die Preise für den «Yachthafen Basel» erhöht. Und zwar um das Sechsfache. So geht das. Klar, sonst kommt man ja aber auch nie auf einen grünen Zweig.

Versechsfachung der Preise, beispielsweise für Inserate in den «kmu news», oder sechsfacher Lohn, natürlich mit Teuerungsausgleich... So kann das durchaus heiter werden im 2019!